

Februar 2006

Es geht auch anders!

Seit rd. 25 Jahren wird zuerst von der Sozialliberalen Regierung unter Helmut Schmidt, dann von der schwarz-gelben Regierung Kohl, der sog. rot-grünen Regierung unter Schröder und jetzt von der Großen Koalition behauptet:

Wir leben über unsere Verhältnisse, wir müssen sparen, wir können uns das System der sozialen Absicherung nicht mehr leisten, deshalb sei ein grundlegender Umbau des Sozialstaates unausweichlich. Um wieder ein befriedigendes Wirtschaftswachstum zu bekommen müsse der Einfluss des Staates auf die Wirtschaft drastisch reduziert werden – Schlagwort: Deregulierung – Damit mehr investiert wird, seien höhere Gewinne nötig, die nur durch Verzicht auf Lohnerhöhungen sowie einen deutlichen Abbau der sog. Lohnnebenkosten sowie eine weitere Senkung des Spitzensteuersatzes sowie der der Unternehmenssteuern zu erzielen. Längere Arbeitszeiten bei gleichem oder sogar geringerem Lohn und höhere Leistungsbereitschaft statt sozialer Hängematte, nur so – heißt es – sei die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft im Zeitalter der Globalisierung zu erhalten bzw. zu verbessern.

Von diesen Behauptungen ist keine Einzige wirklich haltbar. Bei näherem Hinsehen entpuppen sie sich als reine Ideologie des Share-Holder-Value-Kapitalismus.

Sind wir ärmer geworden?

Wenn das Sozialprodukt¹ Deutschlands geschrumpft wäre, dann wären Einschränkungen unausweichlich. Tatsache ist aber:

¹ Bruttoinlandsprodukt ist die Gesamtheit der von Wirtschaftssubjekten mit Sitz im Inland während eines Jahres erstellten Güter und Dienstleistungen. Bruttoinlandsprodukt abzüglich der Abschreibungen (Ersatzinvestitionen, die den Volkswohlstand erhalten aber nicht erhöhen) und abzüglich der indirekten Steuern (vor allem Umsatzsteuer) wird als Volkseinkommen bezeichnet.

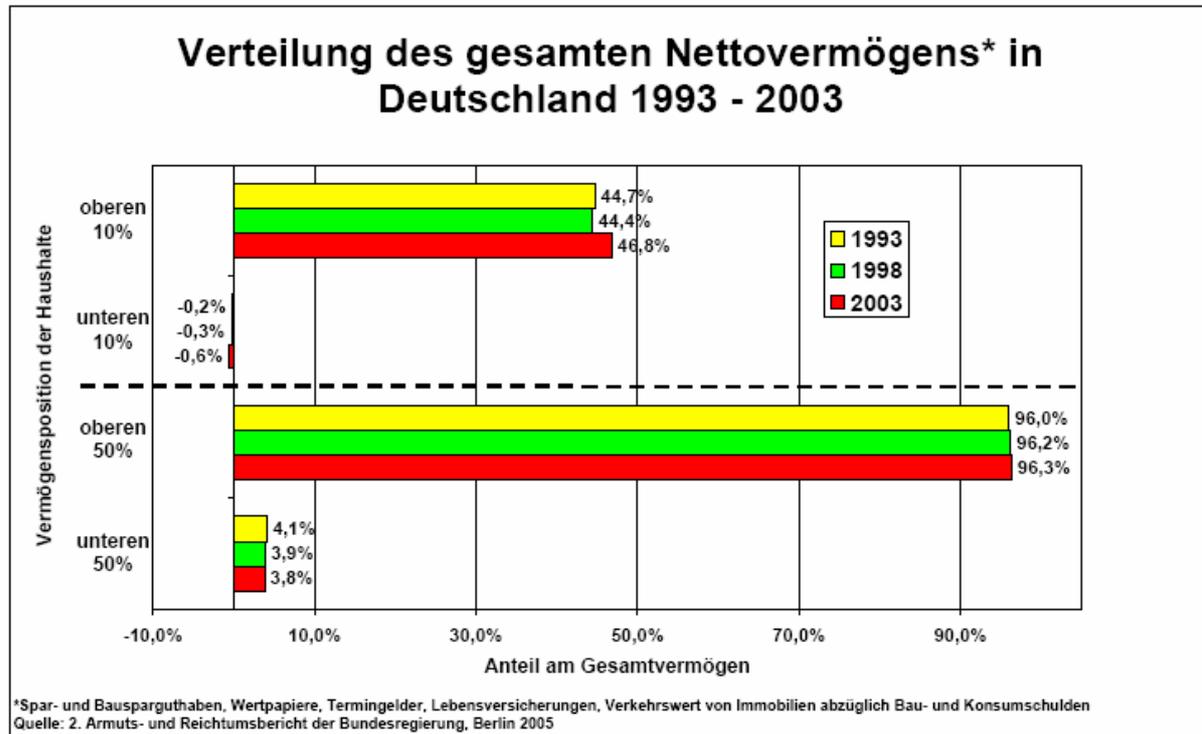
- Das Volkseinkommen Deutschlands betrug 1991, dem ersten Jahr für das gesamtdeutsche Zahlen vorliegen (preisbereinigt): 1.192,57 Mrd. €, 2005 betrug es: 1.684,50Mrd. €. Das heißt, es ist in den letzten 14 Jahren um rd **41 %** gestiegen.
- Das Volkseinkommen pro Kopf betrug 1991: 14.910 €, 2005: betrug es 20.427 €, ist also um **37 %** gewachsen.
- Das Volkseinkommen pro Kopf betrug 1970 in der alten Bundesrepublik: 4.530 €, 2005 betrug es in Deutschland preisbereinigt mehr als das **Viereinhalbfache** davon.
- Die Arbeitsproduktivität je Stunde ist trotz der Probleme in den Neuen Bundesländern von 29.707 € im Jahr 1970 auf 53.790,44 € im Jahr 2005, also um rd. **81 %** gestiegen. Von 1991 bis 2004 betrug der Anstieg rd. **28%**.

Das heißt: Niemandem müsste es schlechter gehen als auf dem Höhepunkt des westdeutschen Wirtschaftswunders 1970! Im Gegenteil, allen könnte es besser gehen. Dass dem nicht so ist, ist die Folge der Verteilung des erwirtschafteten Reichtums und einer ideologisch fundierten Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

Umverteilung von unten nach oben

Seit rd 25 Jahren erleben wir – zuerst in der Bundesrepublik, dann in Gesamtdeutschland – eine gewaltige Umverteilung der Einkommen und der Vermögen von unten nach oben. Natürlich war auch vor 1980 diese Verteilung nicht befriedigend oder gar gerecht, aber seit den 80er Jahren sind Reichtum auf der einen Seite und Armut auf der anderen dramatisch angestiegen. Das geht eindeutig aus dem von der Bundesregierung vorgelegten 2. Armuts- und Reichtumsbericht aus dem Jahr 2004 hervor. Vergleicht man diesen Bericht mit dem ersten Koalitionsbericht der Rot-Grünen Regierung muss man von einem Skandal sprechen.

Das gesamte Nettovermögen ist in Deutschland zwischen 1998 und 2003 um knapp 20 % von 4,2 Billionen € auf rund 5 Billionen € gestiegen. Die Mehrheit der Bevölkerung hat von diesem Zuwachs nichts abbekommen. Im Gegenteil: Ihr Anteil am Gesamtvermögen ist gefallen. 1993 besaßen 10% der reichsten Haushalte bereits fast 45% des gesamten Nettovermögens. 2003 sind es mit knapp 47% noch einmal gut 2% mehr. Dieser Zuwachs ist auf Kosten der Armen gegangen. Die ärmsten 10% der Haushalte hatten bereits 1993 nicht nur überhaupt kein Vermögen, sondern waren in Höhe von 0,2% des Nettovermögens verschuldet. 2003 hat sich ihre „Vermögensposition“ weiter verschlechtert. Mittlerweile sind sie in Höhe von 0,6% des Vermögens verschuldet.



Die wesentlichen Ursachen für diese skandalöse Entwicklung sind:

- **Deregulierung, auf deutsch heißt das Abbau von Sozialstaatlichkeit**
- **Steuarentlastungen für die Reichen, die Unternehmen und Vermögensbesitzer**
- **Erzwungener Lohnverzicht, Minijobs, Ausbau des Niedriglohnssektors.**

Die Krise des Sozialstaates

Nach der neoklassischen Ideologie strebt die kapitalistische Wirtschaft automatisch zu einem gleichgewichtigen Wachstum mit Vollbeschäftigung. Abweichungen von dem Gleichgewichtspfad sind Schuld des Staates und Schuld der Gewerkschaften. Das Credo der Neoliberalen lautet:

- **Löhne einschließlich Lohnnebenkosten und Steuern senken**
- **Das führt zu höheren Gewinnen**
- **Höhere Gewinne führen zu mehr Investitionen**
- **Mehr Investitionen führen zu mehr Arbeitsplätzen.**

Auf die Unsinnigkeit dieser Argumentation wird später unten eingegangen. Hier wird zunächst die Rolle des Staates in dem Umverteilungsprozess betrachtet. Ganz im Sinn des Credo wird von den Unternehmern immer lauter gefordert, die **Staatsquote** zu senken und die Deregulierung voranzutreiben. Das heißt Steuern herunter,

weniger Staatsausgaben insbesondere im sozialen Bereich, Abbau von Schutzvorschriften und Privatisierung. Vergegenwärtigen wir uns die Entwicklung des Volkseinkommens, so ist fest zu stellen:

Die Krise des Sozialstaates ist kein Schicksal, die Krise des Sozialstaates ist gemacht

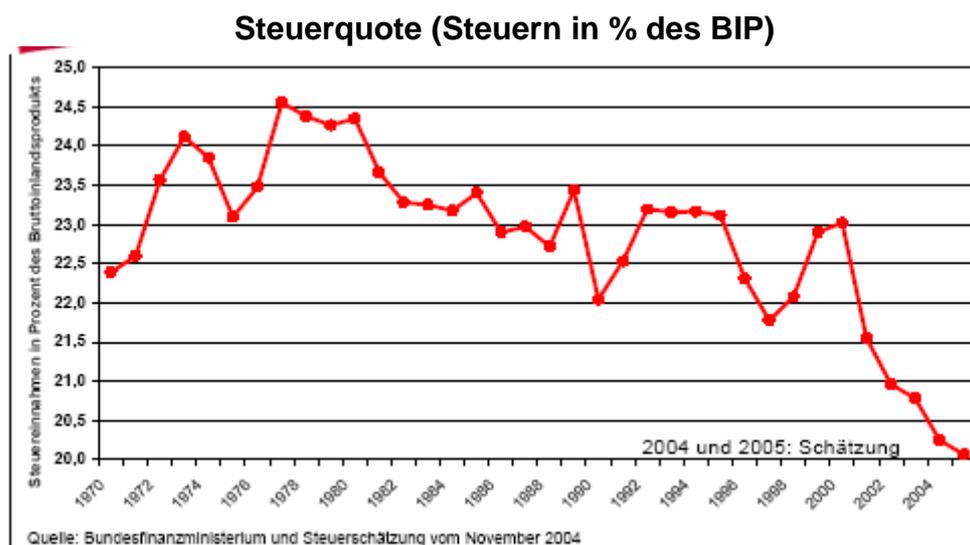
und zwar durch Steuerentlastungen der Reichen und Umverteilung zu lasten der Ärmern.

Staatsquote

Die Behauptung, dass die Staatsquote in Deutschland zu hoch sei und damit die wirtschaftlichen Aktivitäten lähme, ist pure Ideologie. Tatsache ist, dass die Staatsquote in D. in Höhe von 47,5 % (2004) nicht besonders hoch ist, sie liegt unter dem EU-Durchschnitt. Nach neuen OECD-Daten ist sie zudem deutlich rückläufig. Mit 45,0% wird sie 2007 den niedrigsten Stand seit der deutschen Vereinigung erreichen und selbst Großbritannien hinter sich lassen.² Tatsache ist auch, dass die Länder mit höheren Staatsausgaben (Schweden Dänemark, Frankreich, Österreich) höhere Wachstumsraten aufweisen als die BRD. Also ist die These, dass eine hohe Staatsquote eine Wachstumsbremse sei unhaltbar.

Steuerbelastung

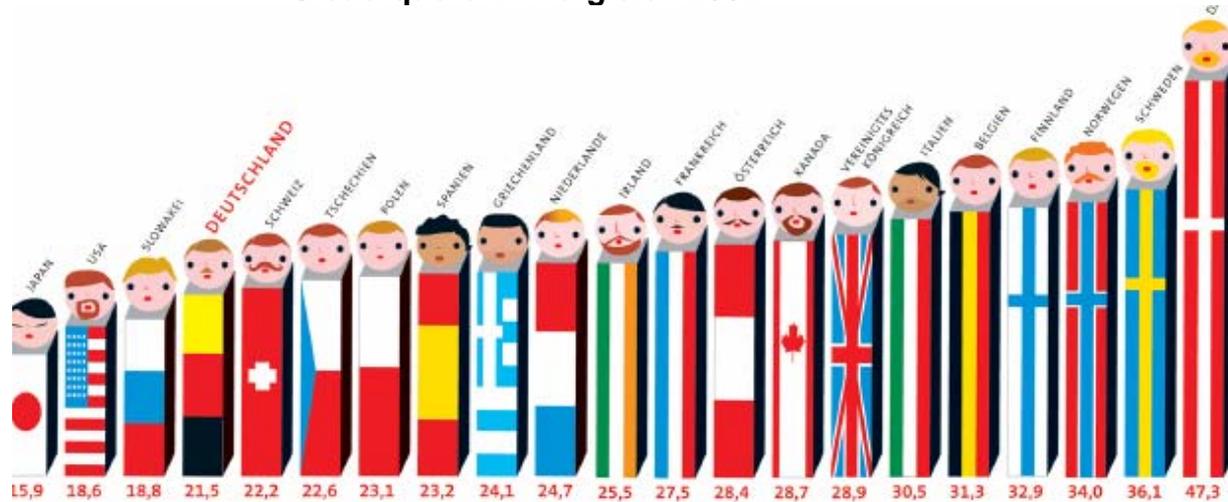
Ebenso wenig ist die These haltbar, dass in der BRD die Steuerlast zu hoch sei. Seit Ende der 70er Jahre ist die Steuerquote, die Steuereinnahmen in Prozent des BIP, ständig gefallen.



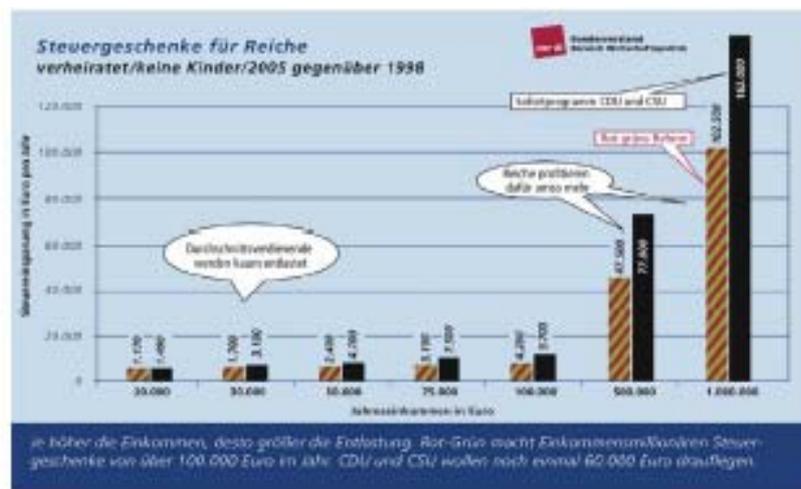
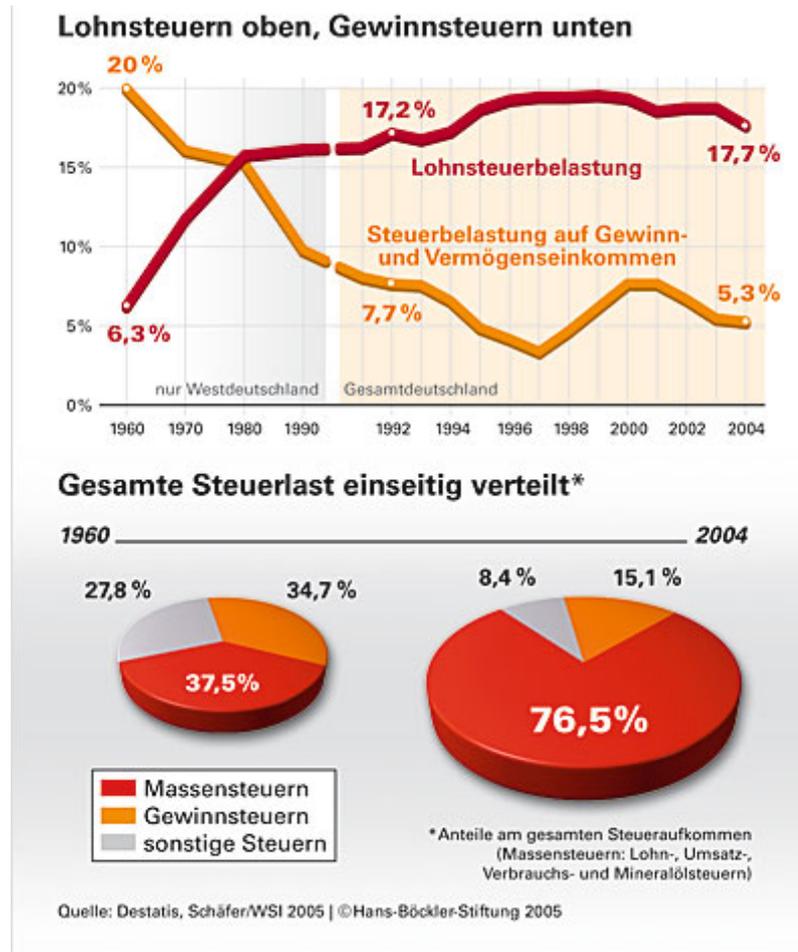
² S. OECD, Economic Policy Reforms: Going for Growth2006, Paris 2006, Ch.2

Die Graphik belegt, der angebliche **Sachzwang der leeren Kassen** ist gemacht. Das finanzielle Ausbluten des Staates ist kein Unglück sondern Folge der Steuersenkungspolitik. Lügen die Einnahmen aus Gewinn- und Vermögensteuern noch auf dem gleichen Niveau wie in den 70er Jahren, wären die Steuereinnahmen jedes Jahr um ca. 70 Milliarden € höher. Im internationalen Vergleich liegt Deutschland mit seiner Steuerquote unter den Industrienationen an der viertletzten Stelle. Hätten wir in Deutschland die durchschnittliche Steuerquote der EU, hätte der Staat Mehreinnahmen in Höhe von 130,- Mrd. €, bei einer Steuerquote wie sie durchschnittlich in den skandinavischen Ländern herrscht, lägen die Mehreinnahmen sogar bei 300,-Mrd. €.

Steuerquote im Vergleich 2002



Die Steuerentlastungen sind zu dem höchst ungleich vorgenommen worden. Der Anteil der Lohnsteuer am gesamten Steueraufkommen hat sich erhöht, der Anteil der Gewinn- und Vermögensteuern ist drastisch gesenkt worden. Abgesehen von der Schweiz und Japan sind in keinem Industrieland der Welt die Belastungen der Unternehmer effektiv so gering wie in Deutschland.



Es ist bemerkenswert, dass die sog. „Rot-Grüne“ Regierung die Umverteilung zu Gunsten der Reichen und der Unternehmen drastisch vorangetrieben hat. Nach dem Lafontaine aus dem Kabinett gedrängt und im Februar 1999 durch Eichel ersetzt wurde verkündete dieser, „Haushaltskonsolidierung schafft soziale Gerechtigkeit“. Mit der Begründung, Sparen mache den Staat erst wieder handlungsfähig wurde der Haushaltskonsolidierung oberste Priorität eingeräumt. Vor dem Bundestag verkündigte er am 24.06.1999, dass wir nicht länger

über unsere Verhältnisse leben dürften und deshalb Sparen das Gebot der Stunde sei.

Was er unter Sparen verstand zeigt sich in der unternehmerfreundlichen Steuerreform. Der Spitzensteuersatz wurde um 11% von 53 % auf 42% gesenkt, weit stärker als der Eingangssteuersatz für Kleinverdienerinnen. Die Steuerschlupflöcher für Kapitaleigentümer, die man besser Scheunentore nennen sollte, wurden weiter geöffnet. Keine Bundesregierung hat davor bessere Verwertungsbedingungen für das Kapital, günstigere Anlagemöglichkeiten für Großverdiener und niedrigere Steuersätze für Unternehmen geschaffen. Nicht umsonst lösten die Ankündigungen der Steuerreform 2000 um Weihnachten 1999 ein wahres Kursfeuerwerk aus.

Hauptprofiteure der Rot-grünen Steuerreform waren die großen Kapitalgesellschaften. Hatte das Aufkommen der Körperschaftsteuer im Jahr 2001 noch über 46 Mrd. DM betragen, musste der Staat 2002 800, Mio. DM an die Unternehmen (zurück)zahlen. Zum 01.01.2004 wurde der Eingangs- wie der Spitzensteuersatz noch einmal gesenkt (von 19,9 auf 16% bzw. von 48,5 auf 45%).

Angesichts dieser unbestreitbaren Fakten sind die Forderungen der Unternehmen nach weiteren Steuersenkungen geradezu obszön und die Pläne der Bundesregierung wie der Opposition, die Unternehmenssteuern weiter zu senken ein Schlag in das Gesicht der Bevölkerung. Die immer wieder wiederholte Behauptung, die Gewinne von heute seien die Investitionen von morgen, wird durch gebetsmühlenhaftige Wiederholung nicht richtig. Die Gewinne von heute werden angesichts der heute gegebenen Verwertungsbedingungen zunehmend als Geldkapital angelegt beziehungsweise fließen an die Share-Holder. Nach einem Bericht der Bundesbank sind alleine im 1. Quartal 2005: 150,4 Mrd. € von Deutschland aus ins Ausland geflossen. Das auf das ganze Jahr hochgerechnet heißt, es fließen jährlich ca. 600 Mrd. € unkontrolliert ab.³ Das sind Gelder, die hier durch die abhängig Beschäftigten erwirtschaftet worden sind und durch diese Transfers der Gesellschaft entzogen werden. Es ist deshalb auch nicht erstaunlich, dass die Vermögenseinkommen der Kapitalgesellschaften zwischen 1991 und 2004 jährlich um 4,4%, insgesamt in dem Zeitraum um 75,4% gewachsen sind, deutlich stärker als der operative Gewinn.⁴

Auch die These, dass die Sozialausgaben das Wachstum hemme ist eindeutig falsch. Abgesehen von den USA sind die Industrieländer mit den höchsten Sozialausgaben pro Kopf die Länder mit dem höchsten Wachstumsraten.

³ Zum Vergleich: Die Investitionen der deutschen Industrie betragen 2004 rd. 380 Mrd. €³ Die jährlich aufgenommenen Staatskredite betragen rd. 65 Mrd. €

⁴ S. Joachim Kreimer-de-Fries, Umverteilung nach oben, Berlin 2005

Gewerkschaft als Krisenursache

Neben dem Staat sind nach der neoklassischen Ideologie die Gewerkschaften die Hauptursache für das schwache Wirtschaftswachstum, die Arbeitslosigkeit und die Gefährdung der internationalen Konkurrenzfähigkeit. Dementsprechend werden Lohnsenkungen, Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich und höhere Leistungen gefordert.

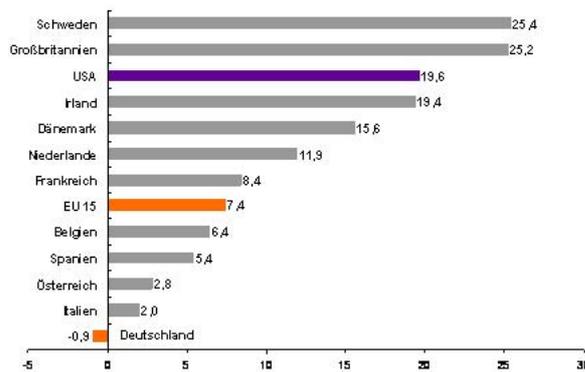
Der zunehmende Druck auf die Löhne wird deutlich, wenn man sich die Entwicklung der **Lohnquote**, der Arbeitnehmeranteil am Gesamteinkommen der Volkswirtschaft, ansieht.



Der leichte Anstieg 1998 bis 2001 ist i.W. konjunkturbedingt.

Im internationalen Vergleich sind nach einer Statistik der OECD die Nominallöhne in Deutschland von 1999 bis 2003 deutlich weniger angestiegen als in allen anderen Industrieländern mit Ausnahme Japans, nämlich in der ganzen Zeit um deutlich unter 2 %. (USA: 4 % s. s. Bofinger, S. 184)). Noch eine aktuelle Zahl: 2004 stiegen die Einkommen der Unternehmer und Vermögensbesitzer um 11%, das ist der stärkste Anstieg seit 20 Jahren. Die Arbeitnehmereinkommen stiegen im gleichen Zeitraum um **0 %**! Bei der Entwicklung der Reallöhne ist Deutschland – wie die folgende Graphik zeigt - das Schlusslicht unter den Industrienationen.

Entwicklung der Reallöhne 1995-2004 in %

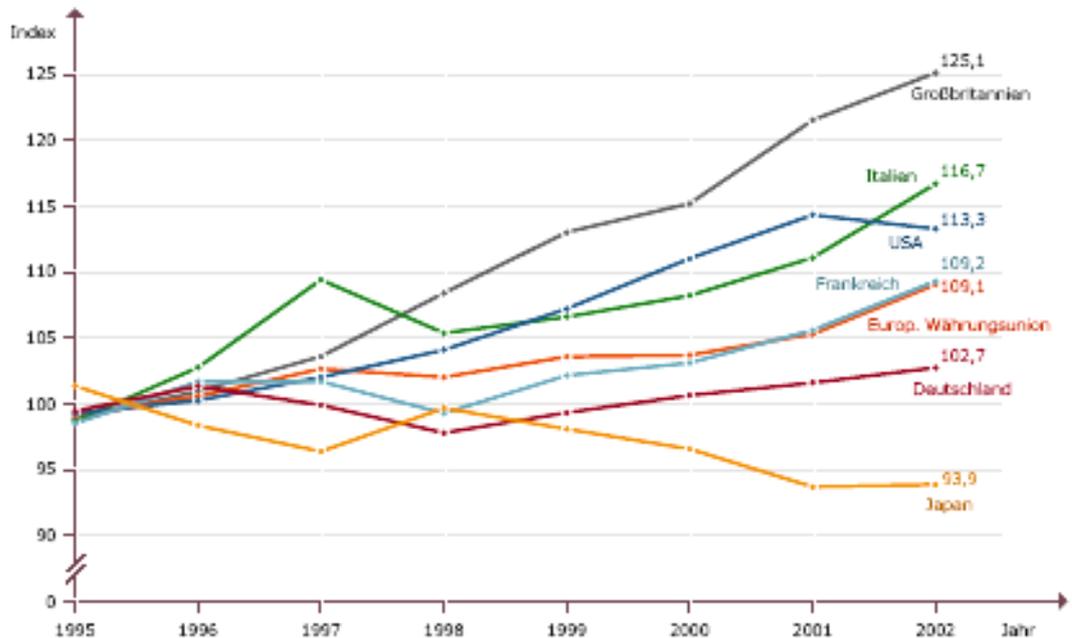


Quelle: Europäische Kommission, Süddeutsche.de

Deutschland ist ein Hochlohnland, aber nicht die Höhe der Löhne sondern die Lohnstückkosten sind entscheidend für die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen. Nur 1992/93 steigen die Löhne schneller als die Produktivität, das klassische Muster jedes konjunkturellen Abschwunges. Von dieser kurzen Zeit abgesehen, sind die Lohnstückkosten gefallen.

Entwicklung der Lohnstückkosten im internationalen Vergleich

Index (1. Quartal 1995 = 100), 1995 bis 2002



Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
Stand: 22.2004

© 2005 Bundeszentrale für politische Bildung

Im EZB-Monatsbericht Mai 2005 warnen die Banker Deutschland vor einer weiteren Lohnsenkungspolitik, da diese bisher schon erhebliche Probleme für die anderen Länder der EU verursacht habe! Nach Berechnungen der EZB sind die gesamten Arbeitskosten in der Bundesrepublik von 1999 bis 2003 in jedem Jahr um 1 % weniger gestiegen als im Durchschnitt der EU. Weiter heißt es dort, da die Produktivität hier stärker als in allen anderen EU-Ländern gestiegen ist,

sind die für die Wettbewerbsfähigkeit entscheidenden Lohnstückkosten um 1,1 % hinter denen der anderen zurückgeblieben. Da z.B. Spanien um 1,1 % in der Gegenrichtung vom Durchschnitt abwich, ergibt sich eine jährliche Verbesserung der deutschen gegenüber der spanischen Wettbewerbsposition um 2,2 %, für die vier Jahre von um fast 10 %.⁵

Die Behauptung, dass die Löhne einschließlich der Lohnnebenkosten in der Bundesrepublik zu hoch sind und deshalb Deutschland international nicht wettbewerbsfähig sei, ist absurd. Tatsache ist:

das relativ kleine Deutschland ist vor den USA, Japan und China Exportweltmeister. Seit Jahren steigt der Exportüberschuss, 2004 auf 160,- Mrd. €. Die Bundesrepublik ist übermächtig konkurrenzfähig. Dem wird in letzter Zeit von Sinn entgegengehalten, das sei alles nur Basarökonomie. Dem ist entgegenzuhalten, dass aus den Daten und Berechnungen des Statistischen Bundesamtes eindeutig hervorgeht, dass bei den Exportgütern zwar der Anteil der aus inländischer Wertschöpfung besteht, in den letzten Jahren leicht zurückgegangen ist, aber immer noch rd. 62 % beträgt.

2000 waren in D. 300.000 Menschen mehr in den exportabhängigen Bereichen der Wirtschaft beschäftigt, als 1995. Die internationale Konkurrenzfähigkeit gilt auch gegenüber den MOB. Die Behauptung: billige Ostprodukte würden den deutschen Markt überfluten und Jobs in Deutschland vernichten, ist falsch. Der Exportüberschuss lag - außer im Jahr 2003 – zwischen 1,3 und 2,6 Mrd. € und ist 2004 auf 3,3 Mrd. € angestiegen.

Angesichts dieser Fakten sind die Kernpunkte des als „Rettung für Deutschland“ vorgestellten Programms des einflussreichen Stoiberfreundes Hans-Werner Sinn besonders pikant.⁶ Er fordert:

- Senkung aller Löhne um 10 – 15 %, bei den Geringqualifizierten um 33,3 % (S.94)
- Senkung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf ein Niveau, das um 1/3 unter dem der Sozialhilfe liegt (S. 202)
- Abschaffung des gesetzlichen Kündigungsschutzes für alle Unternehmen (S.141)
- Verlängerung der Arbeitszeiten auf mindestens 42 Stunden (S.455)
- Drastische Senkung der Steuern (S.299)

⁵ EZB-Vizepräsident Papademos warnt eindringlich vor einem Auseinanderdriften der Mitgliedsstaaten der EU. Er gibt erstmals zu, dass die Ausgleichsmechanismen versagen. S. Financial Times Deutschland, 17./18./19.06.05, S. 9

⁶ S. Hans-Werner Sinn, Ist Deutschland noch zu retten?, Berlin 2005

Globalisierung Eine neue Dimension des Klassenkampfes

Solche oder ähnliche Forderungen werden von den Unternehmern und ihren Lakaien, von den Regierungen, gleichgültig ob sie sich schwarz-gelb oder rot-grün nennen gebetsmühlenartig mit dem Hinweis begründet, die Globalisierung erzwingen diese Maßnahmen. Dem muss entgegengehalten werden: Globalisierung ist keine wissenschaftlich fundierte Kennzeichnung einer neuen Etappe in der Entwicklung der Weltwirtschaft, sondern eine Waffe, ein Kampfbegriff. Die Tatsache, dass die Nationen in ein immer engeres Netzwerk von Handel, Finanztransaktionen und Unternehmensverflechtungen eingebunden werden, ist nicht neu. Bereits Marx hat gezeigt, dass die Ausbreitung des Kapitals auf dem Weltmarkt ein Wesensmerkmal des kapitalistischen Systems ist. Mit der Feststellung:

„Die Tendenz, den Weltmarkt zu schaffen, ist unmittelbar im Begriff des Kapitals selbst gegeben“⁷

und

„der Weltmarkt (bildet) überhaupt die Basis und die Lebensatmosphäre der kapitalistischen Produktionsweise“⁸,

hat er darauf hingewiesen, dass der Weltmarkt nicht ein zufälliges Produkt der Entwicklung des Kapitalismus ist, sondern seine Entstehung im Wesen der kapitalistischen Regulation begründet ist.

Globalisierung ist ein Kampfbegriff, ein anderes Wort für Klassenkampf von oben. Mit dem Mythos der Zwangsläufigkeit dieser Entwicklung, mit der Behauptung einer ganz neuen Qualität der Weltmarktkonkurrenz⁹ oder eines qualitativen Sprunges in der Tendenz zur Internationalisierung wird versucht, die abhängig Beschäftigten zu disziplinieren und die Unterordnung der Staaten unter die Interessen des Kapitals voran zu treiben. Mit dem Hinweis auf die sich aus der Globalisierung der Wirtschaft ergebenden Sachzwänge, ist der historische Kompromiss zwischen Arbeit und Kapital aufgekündigt und eine tief greifende Verwerfung der gesellschaftlichen Verhältnisse eingeleitet worden. Globalisierung zielt auf rigorose Umverteilung von unten nach oben, den Abbau von Sozialstaatlichkeit, auf verschärfte Ausbeutung der abhängig Beschäftigten, die vollständige Aushebelung gewerkschaftlicher Gegenmacht und auf unbegrenzte Ausplünderung der Natur. Letztlich aber sind die mit dem Kampfbegriff

⁷ Karl Marx, Grundrisse, S.311

⁸ Karl Marx, Kapital Bd. III, MEW 25, S.120

⁹ G. Zibura, Globalisierter Kapitalismus:chancenlose Linke?, in:prokla 20.Jg. H 2, S.85 - 106

>Globalisierung< angestrebten Ziele ein Reflex auf die sich verschlechternden Verwertungsbedingungen der Kapitale in den industriell entwickelten Nationen.

Umbruchkrise der kapitalistischen Entwicklung

Eine genauere Analyse der gegenwärtigen Entwicklung zeigt, nicht Globalisierung sondern veränderte Verwertungsbedingungen sind das neue Problem. Im Unterschied zu früheren Aufschwungsphasen ist festzustellen:

- dass die Wachstumsraten in den Aufschwüngen deutlich hinter den früheren zurückbleiben,
- dass die Arbeitslosigkeit im Zuge der Aufschwünge nicht mehr wesentlich abgebaut wird,
- dass die Armut auch in den relativ reichen Ländern in Aufschwungsphasen zunimmt,
- dass selbst in den Aufschwungsphasen eine massenhafte Kapitalvernichtung stattfindet, insbesondere durch Fusionen mit Stilllegungen,
- dass eine in dieser Rigorosität noch nie zu beobachtende Verdrängungskonkurrenz eingesetzt hat und
- dass trotz dieser Kapitalvernichtung Überkapazitäten über den Zyklus hinweg bestehen bleiben¹⁰.

Diese neuen Phänomene sind Zeichen eines Strukturbruches in der längerfristigen Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaften. Er ist weder Schicksal noch Folge politischer Fehler. Er ist unabhängig von der jeweils betriebenen Wirtschaftspolitik das Ergebnis der Steuerungsmechanismen dieser Wirtschaftssysteme. Seit Mitte der siebziger Jahre reicht die längerfristige Akkumulationsrate, das heißt, das neue, zusätzlich gebildete Kapital nicht mehr aus, den Fall der Profitrate zu kompensieren. Die Folge ist: Seit Mitte der siebziger Jahre sinken gesamtgesellschaftlich und tendenziell gesehen nicht nur die Profitraten, sondern auch die gesamtgesellschaftlichen Profitmassen.

¹⁰ Nach der Krise 1974/75 stagnierte die Kapazitätsauslastung drei Jahre bei rd. 80% und erreichte 1979 mit 84,5% ihr Maximum. In dem gegenwärtigen Zyklus lag sie bis 1987 unter 85%, erst dann stieg sie auf Grund des "EU-Gründungsfiebers" und des Vereinigungsbooms auf das in früheren Boomperioden zu beobachtende Niveau.

So ist zu erklären,

- dass die Unternehmen weltweit die Realinvestitionen deutlich einschränken und sich - soweit dies technisch möglich ist - auf Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen beschränken,
- dass sie zu Lasten der Realinvestitionen riesige Geldkapitale bilden und
- eher andere Firmen aufkaufen, als die Gewinne zum Ausbau bestehender Unternehmen zu verwenden.

Diese als **Strukturelle Überakkumulation** zu bezeichnende längerfristige Entwicklung ist als genereller Trend in allen OECD-Ländern zu beobachten. Sie gefährdet den Bestand der kapitalistischen Systeme.

Ablenkung von den Ursachen

Strukturelle Überakkumulation war und ist eine längerfristig sich anbahnende, absehbare Entwicklung. Anhaltende Überkapazitäten und sinkende Profite signalisieren Überakkumulation und fordern strategisches Handeln seitens der Kapitale. Das Problem dabei ist, die kapitalimmanent logische Reaktion der Unternehmen verschärft die strukturelle Überakkumulation. Die zyklendurchschnittliche Einschränkung der Realkapitalakkumulation, insbesondere die Reduzierung der Erweiterungsinvestitionen und die Produktionskapazitäten vernichtenden Strategien bremsen zwar den Fall der Profitrate, bewirken aber eine weitere zyklendurchschnittliche Senkung der Akkumulationsrate. Die Einschränkung der Realkapitalakkumulation bei Zunahme des Anteils der Rationalisierungsinvestitionen, führt zu einer überzyklischen Entlassung von Arbeitskräften. Längerfristig abnehmende Beschäftigung und Lohndrückerei heißt c. p. abnehmende Nachfrage nach Konsumtionsmitteln und damit Kontraktion der Konsummittelproduktion. Damit fällt nicht nur Nachfrage nach Investitionsgütern sondern zusätzlich effektive Nachfrage nach Konsumgütern aus.

Die Behauptung, dass die gegenwärtigen ökonomischen Probleme, geringes Wachstum und vor allem ansteigende Massenarbeitslosigkeit Folgen der Globalisierung sind ist pure Ideologie. Sie sind Folgen des kapitalistischen Steuerungssystems, das an seine zivilisatorischen Grenzen gestoßen ist.

Die Behauptung, dass die Arbeitslosigkeit eine Folge der globalisierungsbedingten Produktionsverlagerungen sei, zu der sich deutschen Unternehmen angesichts zu hoher Löhne und zu kurzer Arbeitszeiten im Inland gezwungen sehen, ist unhaltbar. Tatsache **ist**:

Die Zahl der bei deutschen Konzernen im Ausland Beschäftigten hat zugenommen (zwischen 1990 und 1995 um ca. 300 000). Hierbei handelt es sich jedoch nicht um neue Arbeitsplätze, die zu Lasten des Inlandes entstanden sind, sondern überwiegend um Akquisitionen bereits bestehender Betriebe mit den dort Beschäftigten. Der Teil der Investitionen, die ins Ausland fließen, stagniert seit 1990 bei 5 % und dient wesentlich der Exportförderung. 2002/03 weist D. hinter Irland den höchsten positiven Saldo der DI aus. Verlagerungen der Produktion sind allerdings bei händischer Produktion ohne Rationalisierungspotential zu registrieren.

Direktinvestitionen deutscher Unternehmen im Ausland wie ausländischer Unternehmen in Deutschland sind in den letzten 30 Jahren fast ausschließlich zum Erwerb bestehender Unternehmen, nicht zur Errichtung neuer geflossen. Damit sind neue Eigentumsverhältnisse aber keine neuen Arbeitsplätze geschaffen worden. Wie „gut“ ausländische Direktinvestitionen für Deutschland sind zeigt BenQ, Käufer der Mobilfunksparte von Siemens. BenQ hat die Sparte gekauft, um seinen Marktanteil zu erhöhen und eine funktionierende Vertriebsorganisation, nicht aber um Produktionskapazität zu erhalten. Nach dem Ende der Beschäftigungsgarantie werden die inländischen Werke geschlossen werden, höchstens als Servicecenter erhalten – so Frank Rothauge, Analyst des Bankhauses Sal.Oppenheim - ¹¹

Auch die Behauptung die ansteigende Massenarbeitslosigkeit sei durch einen neuen Typ des technischen Fortschritts bedingt, hält einer Überprüfung nicht stand. Tatsache ist: Die technische Entwicklung, weist in den 80er und 90er Jahren in den OECD-Ländern deutlich geringere Zuwachsraten auf, als in Zeiten der Vollbeschäftigung, in den 50er und 60er Jahren. Aber im Unterschied zu der Periode bis 1975 liegen die relativ niedrigen Produktivitätszuwächse heute über den Wachstumsraten des Sozialproduktes. Das heißt, die Arbeitslosigkeit ist nicht technologisch, sondern wachstumsbedingt.

Ohnmacht des Staates

Die Behauptung, dass der Staat auf Grund der Globalisierung der Kapitale nicht mehr in der Lage ist durch seine Geld- und Fiskalpolitik soziale, bildungspolitische und ökologische Ziele durchzusetzen und dementsprechend auch nicht mehr der Adressat gesellschaftlicher Forderungen seien könnte, ist genau der Mythos, den das Kapital zu etablieren versucht. Richtig ist, dass die EU-Nationalstaaten mit dem Maastricht-Vertrag wesentliche Mittel der Geld- und Fiskalpolitik aus der Hand gegeben haben und durch den Verzicht auf Kapitalverkehrskontrollen, die zumeist spekulativen internationalen Finanztransaktionen nicht mehr beeinflussen können. Richtig ist auch, dass die notwendigen Reformen heute weitgehend nur durch

¹¹ S. Financial Times Deutschland, 17.06.05, S. 4

entsprechenden Druck aus den Mitgliedsländern EU-weit durchzusetzen sind. Angesichts der weltpolitischen Lage und der europäischen Teilintegration kann kein europäisches Land alleine Vorstellungen einer sozialen, menschenwürdigen Gesellschaft durchsetzen, die Linke muss eine europäische Dimension eines Sozialmodells entwickeln. Dazu gehört insbesondere:

- Statt Deregulierung Makroökonomische Kompetenz auf europäischer Ebene
- Europäische Finanzpolitik ohne die Fesseln des Maastrich-Vertrages.
- Steuerharmonisierung, insbesondere Harmonisierung der Unternehmenssteuern
- Koordinierung der Lohnpolitik in Europa
- Abgestimmte Sozialpolitik
- Kapitalverkehrskontrolle

Notwendige Schritte

Als kurzfristige Maßnahme zur Minderung der Beschäftigungskrise sind eine weitere Arbeitszeitverkürzung wie eine ökologische Steuerreform sinnvolle Maßnahmen.¹² Arbeitszeitverkürzung ist eine sinnvolle Maßnahme zur kurzfristigen Sicherung. Dazu ist eine beschäftigungsorientierte Strukturpolitik unumgänglich, die eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums einschließt. Ein erster Schritt in diese Richtung ist Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich für die unteren Beschäftigtengruppen und ohne Lohnausgleich für die oberen unter Einbeziehung der AT-Angestellten. Eine Angleichung der Löhne und Gehälter wäre sowohl aus sozialpolitischer wie volkswirtschaftlicher Sicht zu begrüßen. Über die Umverteilung in einer Klasse hinaus bedingt die Forderung nach einer neuen Strukturpolitik die Umverteilung zwischen Gewinnen, Renten auf der einen und Lohneinkommen auf der anderen Seite. Das ist nur durch Druck der Gewerkschaften zu erreichen, die dazu ihr politisches Mandat bewusst wahrnehmen und ausweiten müssen.¹³

Um wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen sind allerdings zwei Maßnahmen vordringlich:

- 1. Eine Kontrolle des internationalen Kapitalverkehrs und**
- 2. Eine Neuordnung der Staatsfinanzen**

¹² Wenn -wie zurzeit gefordert- die 48-Stunden-Woche wieder eingeführt würde, gäbe es in der privaten Wirtschaft ca. 4 Mio. Arbeitsplätze weniger. Die geforderten Streichungen von Urlaubs- oder Feiertagen oder die Verlängerung der Lebensarbeitszeit sind Programme zur Verschärfung der Arbeitslosigkeit. Demgegenüber würden 3 Stunden weniger Arbeitszeit lt einer WSI-Untersuchung rd. 1 Mio. Arbeitsplätze schaffen.

¹³ s. Horst Schmitthener, Politisches Mandat der Gewerkschaften, in: Sozialismus12/2005, S. 6ff

Es ist notwendig, die spekulative Geldkapitalakkumulation auf den internationalen Finanzmärkten zu Gunsten der inländischen - das heißt zunehmend europäischen - Realinvestitionen zu unterbinden. Die Gesellschaft hat ein Recht darauf die Verschiebung des Mehrwertes, der im Inland von den abhängig Beschäftigten nicht zuletzt auf Grund bestimmter, von der Gesellschaft geschaffenen Voraussetzungen erwirtschaftete worden ist, zu kontrollieren. Die Wiedereinführung einer effizienten, die internationale Mobilität des Finanzkapitals einschränkenden Kapitalverkehrskontrolle in Verbindung mit einer Neukonstruktion des internationalen Währungssystems würde nicht nur die Gefahr einer weltweiten Finanzkrise mindern, sondern dem Staat Handlungsspielraum zurückgeben um - bei entsprechendem Druck seitens der abhängig Beschäftigten, Politik im Interesse der Gesellschaft gestalten zu können. Die deutsche Industrie hat ca. 1 Billion DM als Geldmittel auf den internationalen Kapitalmärkten angelegt. Das sind zum großen Teil Gewinne, die hier in Deutschland auf Basis der hier geschaffenen, gesellschaftlichen Produktionsvoraussetzungen geschaffen wurden, die hier aber nicht in reale Anlagen gesteckt wurden, sondern ins Ausland verschoben wurden. Zur Erinnerung: Die USA, die BRD, Kanada und die Schweiz haben als erste Staaten erst 1970 Kapitalverkehrskontrollen aufgehoben. GB folgte 1979, Spanien erst 1992. Kapitalverkehrskontrolle ist eine unabdingbare Voraussetzung zur Wiedererlangung wirtschaftspolitischer Steuerungsmöglichkeit. Die sog. Tobin-Steuer wäre zwar nicht hinreichend, aber ein Schritt in die richtige Richtung.

Beschäftigungs- und umweltorientierte Strukturprogramme sind nur über Defizit-Spendig zu finanzieren. Ein berechtigter Einwand gegen die wachsende Staatsverschuldung ist, dass wir mit den hohen Zinszahlungen einen wesentlichen Teil des Steueraufkommens absorbieren und damit künftige Generationen belasten. Dieses Argument richtet sich jedoch nicht gegen die Staatsverschuldung als solche sondern gegen ihre **Form**. Bis in die 60er Jahre wurde allgemein akzeptiert, dass Staatsschulden Sinnvollerweise durch die Zentralbanken zinslos finanziert werden müssen. In Frankreich, Großbritannien und in der Bundesrepublik ist dies gemacht worden. Anstatt die Geldmenge jedes Jahr planmäßig dadurch auszuweiten, dass die Bundesbank den Geschäftsbanken zusätzliches Geld zur Verfügung stellt, könnte sie es dem Staat geben, von dem es dann im Zuge der Staatsausgaben in den Wirtschaftskreislauf fließt. Eine solche Defizitfinanzierung würde zwar eine Änderung des Bundesbankgesetzes und des Vertrages von Maastricht voraussetzen, entspräche aber gesellschaftlicher Vernunft.

Das Wahlergebnis 2005 spiegelt eine Akzeptanzkrise des Neoliberalismus wider, die nicht ungenutzt bleiben darf. Diese Krise gilt es zu nutzen. Wenn alles so bleibt, wie es ist, wird nichts so bleiben, wie es ist. Was wird, wenn nicht Gewerkschaften, Friedensinitiativen, Dritte-Welt-Gruppen, ökologische Kräfte, sozialpolitisch orientierte Gruppen und neue soziale Bewegungen das von den Herrschenden praktizierte "provinzielle Selbstbewusstsein der Zeit, die Unfähigkeit,

über den Tellerrand der je herrschenden Selbstverständlichkeiten zu schauen"¹⁴ überwinden und sich unter dem multidimensionalen Problemdruck gegen die Kräfte konservativen Beharrens durchsetzen.

Ein Zukunftweisendes Programm setzt eine realistische Analyse der Ausgangssituation voraus. Es muss davon ausgehen, dass

das kapitalistische Regulierungssystem nach dem Strukturbruch Ende der 70er Jahre in eine ernste Krise geraten ist, die für die Linke eine neue Herausforderung darstellt.

Dies wird nirgendwo deutlicher, als bei dem gegenwärtigen Stand und der zu erwartende Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Unbestreitbar ist das Humankapital die wertvollste Ressource jeder Gesellschaft. Unbestreitbar gibt es in der Welt viel zu tun. Die Beseitigung von Umweltschäden, die Umstellung auf umweltschonende Energie-, Verkehrs- und Abfallsysteme, die Sanierung der Städte, die Versorgung mit Wohnungen und mit sozialer Infrastruktur sind Beispiele für dringende Aufgaben, die viel Arbeit erfordern. Auf der anderen Seite gibt es Frauen und Männer, von denen die Mehrheit arbeiten kann und arbeiten will, die aber durch die Steuerungsmechanismen der kapitalistischen Systeme daran gehindert werden, ihre Kräfte für eine bessere Versorgung der Gesellschaft einzusetzen. Anhaltende und mit Sicherheit noch steigende Massenarbeitslosigkeit angesichts der Fülle zu bewältigender Aufgaben ist nur ein - wenn auch besonders bedrückendes - Beispiel der Regulationskrise, die die liberalistischen Gleichgewichts- und Optimierungssillusionen der herrschenden Lehre ad absurdum geführt haben. Die gegenwärtigen kapitalistischen Regulierungsmechanismen hemmen beziehungsweise pervertieren die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte. Sie zeigen die Zuspitzung der Widersprüche und belegen, dass die kapitalistischen Systeme an ihre **historische Schranke** gestoßen sind.

Neoliberale Entfesselung des Kapitals ist keine Lösung sondern die Verschärfung der Krise. Rosa Luxemburg sagte auf dem Gründungskongress der KPD 1918: „Fortschreiten zum Sozialismus oder Untergang in die Barbarei!“ Eric Hobsbawm schreibt: „Gesellschaftliche Kontrolle des Kapitalismus oder Untergang in die Barbarei!“ Dies bewusst zu machen ist die Aufgabe der Linken in Europa.

¹⁴ Ulrich Beck, Gegengifte, Frankfurt a.M. 1988, S.13.